



Reichstag in Berlin
Foto: kwasibanane

Neue Aussichten?

Unsere Forderungen
an die zukünftige Bundesregierung

Vom Migrant*innenbeirat

Deutschland hat eine neue Regierung und damit eine neue Perspektive. Wie sieht diese für uns Migrant_innen aus? Im Wahlkampf wurden wir – 7,4 Millionen Menschen aus Einwandererfamilien – von keiner Partei als Wählergruppe angesprochen. Mitglieder des Migrant_innenbeirats äußern hier ihre Forderungen an die zukünftige Bundesregierung und insbesondere an die zwei Bundestagsabgeordneten des Wahlkreises Freiburg: Chantal Kopf von den Grünen und Claudia Raffelhüschen von der FDP.

Sofia Alemann: Wichtig ist mir eine neue Einwanderungspolitik und der dringende Schutz der Umwelt!

Claire Désenfant: Meine erste Forderung ist ein effektiver Klimaschutz, da der Klimawandel eine Fluchtbewegung unbekanntem Ausmaßes bewirken wird und alle Demokratien erheblich gefährdet. Die Einwanderungspolitik der EU und Deutschlands und die Betreuung von aufgenommenen Flüchtlingen müssen der Menschenrechtskonvention entsprechen.

Yin Lin: Ich fordere mehr Initiative von der Bundesregierung, um die politische Teilhabe der Migrant_innen zu fördern, z. B. durch die Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle

Bürger_innen, unabhängig vom Reisepass.

Mariana Vargas Ustares: Menschen mit Migrationsgeschichte sollten einen leichteren Zugang zu (qualifizierter) Arbeit erlangen. Fehlende Meldungen von Diskriminierungstatbeständen beim Zugang zum Arbeitsmarkt und in der Anerkennung von Qualifikationen geben ein falsches Bild vom Ausmaß der strukturellen Diskriminierung, vom institutionellen Rassismus und von der Willkür der Behörden in der Rechtsanwendung wieder. Diese Missstände sollen sichtbar gemacht und aktiv durch Antidiskriminierungsmaßnahmen bekämpft werden. Der Prozess um das Erwerben der deutschen Staatsangehörigkeit soll transparenter, unwillkürlicher und einheitlicher sein. Öffentliche

Förderungen und Verträge sollten dann beschlossen werden, wenn sie den Bestimmungen des allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes entsprechen.

Jascha A. Hilkwitz: Von der künftigen Bundesregierung erwarte ich, dass sie sich mit vollem Engagement für soziale Gerechtigkeit einsetzt – insbesondere durch bezahlbaren Wohnraum und die Überwindung der Kluft zwischen Arm und Reich, für ein modernes Zuwanderungsgesetz, das Zuwanderungs- und Integrationschancen primär nach Integrations-Potenzial und Leistungsbereitschaft vergibt, und für Umwelt- und Klimaschutz.

Ardawan Abdi: Das Verfahren für Familienzusammenführung ist in Deutschland sehr kompliziert und nicht einfach in der Umsetzung. Ich fordere deshalb von den Bundestagsabgeordneten, das Verfahren zu vereinfachen.

Miglena Hristozova: Die Bundesregierung soll eine Diskussion darüber starten, wie sich die junge Generation ihre Zukunft in Deutschland vorstellt, was ihre Visionen von Bildung, Arbeit, sozialer Gerechtigkeit und

Klimaschutz sind, und mutige Reformen im Bereich *Bildung und Karriere* wagen, die neue Zugänge und sozialgerechte Chancen für Bürger_innen mit Migrationshintergrund schaffen, besonders wenn sie ausländische Qualifikationen und fachliche Erfahrungen mitbringen.

Nikoleta Wittmer: Meine Hauptforderungen: sich für mehr Tempo 30 in Städten einsetzen; für eine sozialgerechte Bildung, die die interkulturelle und mehrsprachige Kompetenzen von Kindern mit Migrationsgeschichte stärkt und fördert und für eine bessere Kontrolle und höhere Standards für Lebensmittel.

Lúcia Rolim-Schulz: Ich fordere mehr Unterstützung für Frauen und Mädchen mit Migrationsgeschichte sowie für Geflüchtete und für alle Opfer von Rassismus, Diskriminierung und Gewalt. Außerdem fordere ich Anerkennung und bessere Bezahlung im Bereich der Pflegearbeit, mehr Anerkennung politischer und sozialer Partizipation und mehr kulturelle Kompetenz in Beratungsstellen. Es muss mehr für die Gleichberechtigung der Frauen getan werden.